Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und

Kultur

Band: 103 (2023)

Heft: 1110

Vorwort: Editorial

Autor: Grob, Ronnie

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Editorial

«In der Europäischen Union herrscht Einheit in Vielfalt. Das ist etwas anderes als Föderalismus.»

Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, 2019



Ronnie Grob

Die Schweiz ist stabil. Neuesten Umfragen zufolge soll die SVP bei den anstehenden Parlamentswahlen 2 Prozent zulegen, die Grünen 2,5 Prozent verlieren – der Rest ist im statistischen Fehlerbereich. Die Machtverschiebung zwischen den Parteien ist minimal, doch der grosse Bruder legt von Jahr zu Jahr zu: die Verwaltung. Und es scheint allen egal zu sein: Eine noch nie gesehene Anzahl von Kandidaten drängt ins Parlament, um sich die eigene Existenz für vier Jahre zu sichern.

Welcher neue Parlamentarier wird unnötige Gesetze streichen? Man wird auch die nächsten vier Jahre darauf warten können, denn Beispiele von unnötigen Gesetzen, die eliminiert wurden, gibt es nur eine Handvoll. Die Bürokratie wächst munter weiter, auch weil viele Parlamentarier nicht mehr bereit sind, sich tief in die Dossiers einzulesen. Statt auf schlanke, einfache, wirksame Gesetze zu drängen, lassen sie die Verwaltung gewähren, die vor allem auf dem Verordnungsweg viele praxisferne Regulierungen beschliesst. Der Dumme ist der Unternehmer, der Jahr für Jahr Personal aufrüsten muss, um die vielfältigen Ansprüche der Verwaltung zu befriedigen, die verabschiedeten Gesetzen entsprungen sind.

Die Schweiz wird von der Verwaltung regiert. Sie übernimmt alle ihr aufgebürdeten Arbeiten emotionslos, stellt dafür aber natürlich immer Rechnung, so wie der Notar auch. Weil delegieren an die nächstbeste Stelle viel einfacher ist, als selbst die Verantwortung wahrzunehmen und eigene Entscheide zu verteidigen, wird alles uniformer, eintöniger, ununterscheidbarer. So wie mit der Globalisierung in jede Fussgängerzone ein Starbucks, ein Burger King und ein H&M eingezogen sind, führt die Aufgabe eigenständiger Lösungen zu einer Machtverschiebung hin zum Verwaltungsapparat. Ist alles harmonisiert, wie das stets beschönigend heisst, lässt sich bestens von oben durchregieren. Wie man mit harmonisierten Daten Kontrolle über den einzelnen ausübt, führt die Volksrepublik China vor.

Wer sich die Freiheit der Eigenständigkeit bewahren will, wird sich anstrengen müssen. Die weltweit harmonisierte Coronapolitik hat gezeigt, dass Länder wie Schweden, die recht behalten hatten, keine Lockdowns einzuführen, sich während Monaten am Pranger der Politik und der Medien verteidigen mussten, während Karl Lauterbach, der als «Experte» in Deutschland wie kaum ein anderer eine grundrechtsfeindliche Politik mit harter Repression forderte, Ende 2021 Gesundheitsminister wurde und unbegreiflicherweise weiterhin in Amt und Würden steht.

Wer Werte hat, muss bereit sein, sie zu verteidigen. Denn für Leute, die sich nicht entscheiden können, entscheiden andere. Selbst in der Schweiz. ◀